ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Kritikos, Alexander

Article

Sachsen-Anhalt: Deutschland-Koalition gegen die Deutschtümelei?

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Kritikos, Alexander (2021) : Sachsen-Anhalt: Deutschland-Koalition gegen die Deutschtümelei?, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 88, Iss. 25, pp. 440-, https://doi.org/10.18723/diw_wb:2021-25-4

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/235746

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

ALEXANDER KRITIKOS

Sachsen-Anhalt: Deutschland-Koalition gegen die Deutschtümelei?

Alexander Kritikos ist Mitglied des Vorstands
am DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Die Erleichterung Anfang Juni war groß, als es der AfD bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt erneut versagt blieb, zur stärksten Fraktion gewählt zu werden. Die schlechte Nachricht ist aber, dass sich die im Jahr 2016 beobachtete Verschiebung des Wählerzuspruchs in diesem Bundesland zulasten von SPD und der Linken hin zur AfD verfestigt hat. SPD und Linke kommen zusammen auf keine 20 Prozent mehr, weniger als die AfD allein. Erneut fällt somit der als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuften AfD die Hauptaufgabe bei der Oppositionsarbeit zu. Das entspricht nicht der Vorstellung von wirkungsvoller demokratischer Kontrolle.

Die Situation darf dennoch kein Grund zur Resignation sein, so wie etwa vom Ostbeauftragten der Bundesregierung kürzlich verbreitet. Danach sei „in den neuen Ländern die Neigung, eine rechtsradikale Partei zu wählen, offensichtlich ausgeprägter als in den alten Bundesländern", und weiter, diese Menschen seien „nicht durch gute Arbeit von Regierungen zurückzugewinnen".

Eine solch resignative Aussage sollte nicht Überlegungen verhindern, wie gute Arbeit von Regierungen aussieht. Ein Blick auf diese Wahlen macht deutlich, dass die AfD besonders im Süden Sachsen-Anhalts stark ist, in Landkreisen also, die durch viel mehr Abwanderung als Zuwanderung gekennzeichnet sind und die mit Überalterungsproblemen zu kämpfen haben. Gleichzeitig sind das oft auch Kreise, in denen in den letzten Jahren das Angebot an lokaler Infrastruktur zurückgefahren wurde. In solchen Regionen mit tendenziell überalterter Gesellschaft schwindet dann aufgrund einer empfundenen Perspektivlosigkeit der Zuspruch für Parteien, die dieses Problem bislang nicht hinreichend angesprochen haben. Und das veranlasst gerade jüngere Menschen in diesen Regionen, die dort zur Minderheit werden, die AfD zu wählen; selbst wenn der Vorschlag der AfD, die Probleme des demografischen Wandels mit einem „Begrüßungsgeld für Neugeborene" zu lösen, absurd anmutet.

Eine zweite wichtige Wählerklientel der AfD sind die Arbeiterinnen und Arbeiter, dereinst klassische Wählerschaft der SPD und zuletzt der Linken. Diese Menschen fürchten angesichts der Digitalisierung und Automatisierung den Jobverlust. Ihnen macht die AfD immer wieder geschickt völlig unrealistische Angebote, sei es, indem sie gegen die Globalisierung wettert oder den Austritt aus dem Euro propagiert. Aber auch hier gilt offensichtlich wie beim Neugeborenen-Begrüßungsgeld: Besser ein absurdes Angebot als gar keins.

„Gute Arbeit von Regierungen" setzt voraus, dass die regionalen Probleme adressiert werden. Die Einführung und Erhöhung des Mindestlohns, mit der sich die SPD schmückt, löst aber die in den Regionen bestehenden Probleme nicht. Statt kurzfristig wirkender Maßnahmen zur Verbesserung der Einkommenssituation sollte die Politik den strukturellen Wandel der Wirtschaft und die demografische Situation stärker in den Blick nehmen, selbst wenn diesen Herausforderungen nur mit längerfristigen Investitionen begegnet werden kann.

Es sind die Zukunftsthemen, die hier in den Vordergrund rücken, etwa die Stärkung der digitalen Infrastruktur sowie Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für diejenigen, die von den Folgen der Digitalisierung in der Industrie negativ betroffen sein werden. Vor allem müssen aber auch die Kommunen in die Lage versetzt werden, in strukturschwachen Regionen die öffentlichen Investitionen zur Absicherung der Grundversorgung zu stärken, die lokale Infrastruktur also eher wieder aufstatt weiter abzubauen. Andernfalls wird die Abwanderung der jüngeren und besser ausgebildeten Menschen nicht abnehmen.

Nun steht in Sachsen-Anhalt eine Deutschland-Koalition zur Debatte. Der Name allein wird nicht reichen, um Wähler von einer deutschtümelnden Partei zurückzuholen. Vielmehr wäre es wichtig, „gute Arbeit in der nächsten Regierung" in Sachsen-Anhalt zu leisten, indem die spezifischen Herausforderungen in der Region nachhaltig angegangen werden – dann könnten die bürgerlichen Parteien auch für die Wählerklientel der AfD wieder attraktiver werden.

Dieser Beitrag ist am 10. Juni 2021 in einer längeren Fassung auf Focus.de erschienen.

 DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2021-25-4

IMPRESSUM

DIW BERLIN

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
www.diw.de
Telefon: +49 30 897 89–0 Fax: –200
88. Jahrgang 23. Juni 2021

Herausgeberinnen und Herausgeber
Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion
Dr. Anna Hammerschmid (Stellv.)

Lektorat
Jana Hamdan (erster Bericht); Stephanie Ettmeier (zweiter Bericht)

Redaktion
Marten Brehmer; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Sandra Tubik; Kristina van Deuverden

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung
Roman Wilhelm, Stefanie Reeg, DIW Berlin

Umschlagmotiv
© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz
Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck
USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)
Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter **www.diw.de/newsletter**